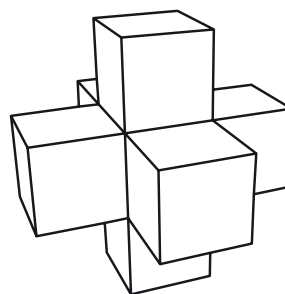


# Schweizer Freisinn



## FDP Wir Liberalen.

Unter Freisinnigen	2	Geits no?	2	FDP-Frauen	14	Kreuzwörtertsel	22
Kopf des Monats	2	Brennpunkt	3	Jungfreisinnige	16	FDP intern	23

30. Jahrgang. Erscheint monatlich.

Offizielles Organ der FDP Schweiz.

### Inhalt

#### Bilateraler Weg

Die Fortführung des bilateralen Weges ist eine der wichtigsten Fragen in den kommenden Jahren. Wer für Arbeitsplätze und Wohlstand eintritt, muss hier zustimmen.

Seite 3, 9

#### 2 x Nein

Am 1. Juni gilt es über zwei Vorlagen abzustimmen, welche den Rechtsstaat aushebeln wollen. Die Maulkorbinitiative will dem Bundesrat im Abstimmungskampf das Reden verbieten und die Einbürgerungsinitiative verhindert ein korrektes Einbürgerungsverfahren.

Seite 7, 11

#### Gesundheitspolitik

Die Abstimmungsvorlage «Für Qualität und Wirtschaftlichkeit in der Krankenkassenversicherung» bietet die Chance, einen Richtungsentscheid hin zu einem von Qualität, Transparenz und reguliertem Wettbewerb geprägten Gesundheitssystem zu fällen. Mit der Verankerung von Grundsätzen wie Qualität, Transparenz und Wahlfreiheit in der Verfassung werden die Bedürfnisse der Bevölkerung ernst genommen.

Seite 18, 19



Guido Schommer, Fulvio Pelli und Stefan Brupbacher (v.l.n.r.)

## Wechsel im Generalsekretariat

Per 1. März tritt der amtierende Generalsekretär Guido Schommer zurück und der designierte Generalsekretär Stefan Brupbacher nimmt seine Arbeit auf.

Nach über elf Jahren im Generalsekretariat wendet sich Guido Schommer einer anderen Aufgabe zu und wird die Aufgabe des Generalsekretärs seinem designierten Nachfolger übergeben. Für Schom-

mer ist klar, dass die FDP ihre neue Rolle diskutieren und die notwendigen Konsequenzen für die Partei- und Fraktionsarbeit zusammen mit der Basis zu ziehen hat. Stefan Brupbacher ist überzeugt, dass es

rasch liberale und klare Positionen zu beziehen gilt. Der eine geht und zieht Bilanz – der andere kommt und macht einen Ausblick.

Seite 12 und 13

# Vom Seniorenfreisinnigen an die Jungfreisinnigen

### Der Liberalismus garantiert die Freiheit für die Jugend

Was muss sich ein Junger, der sich selbständig machen will, nicht alles aneignen? Wer von zu Hause wegzieht, wird konfrontiert mit detaillierten Vorschriften zu Mietverträgen. Wer 18 wird, erhält erstmals seine Steuererklärung mit samt endlosen und schwer verständlichen Formularen. Wer ein eigenes Bankkonto eröffnet oder einen Kredit benötigt, muss Intimes preisgeben. Wer Unternehmer werden will, dem möchte ich fast empfehlen, sich erst gar nicht mit all den Vorschriften auseinanderzusetzen. Jeden Tag stellt der Staat dem Jungunternehmer Hürden bezüglich Arbeitsrecht, Sozialversicherung oder Besteuerung. Die Verkomplizierung und die Verrechtlichung der Gesellschaft schreiten voran. Mehr denn je gilt Goethes Spruch: «Wenn man alle Gesetze studieren wollte, hätte man keine Zeit mehr, sie zu übertreten.»

Die Jungen verdienen dagegen eine Zukunft mit vielen Freiheiten, vielen Chancen und vielen Möglichkeiten. Nicht der Staat soll sagen,



**Hans-Rudolf Merz**

wo es hingeht, sondern wir alle sollen den eigenen Weg und jenen der Privatheit beschreiten von A bis Z. Darum plädiere ich dafür, dass Unternehmer bei der Arbeit und nicht im Verkehr mit dem Staat schwitzen sollen.

Ich habe meine politische Laufbahn mit genau solchen praktischen Fragen als junger Ausserrhoder begonnen. Dabei habe ich den Liberalismus zeitlebens nicht aus den Augen verloren. Er diente mir

bei allen Entscheidungen, er ist mein Lebensgefühl geworden. Ich bin damit sogar Bundesrat geworden.

Darum will ich, dass den Leuten möglichst viel im eigenen Portemonnaie bleibt; das sichert unseren Wohlstand. Darum will ich gesunde Staatsfinanzen; sie gewähren der nächsten Generation Handlungsspielraum für die eigenen Vorstellungen und Visionen. Darum will ich die europaweit einfachste Mehrwertsteuer; sie bringt volkswirtschaftliche Vorteile. Darum werde ich erneut für die Personenfreizügigkeit kämpfen; sie ermöglicht aufgrund der Einfachheit der Regelungen Chancen der persönlichen Entwicklung und Entfaltung, von der ich als 20-Jähriger zu Zeiten des Kalten Kriegs nicht einmal zu träumen wagte.

Der Liberalismus ist kein Endzustand und kein Dogma. Er wird auch nicht über die Geburt automatisch von Generation zu Generation weitergereicht. Nein! Es braucht die dauernde Auseinandersetzung mit

dem Liberalismus. Darum brauchen wir junge Stimmen, die unsere Überzeugungen wieder hinterfragen und weiterentwickeln. Bei den Jungfreisinnigen ist die Zukunft am besten aufgehoben. Sie verstehen den Liberalismus als ein Lebensgefühl, als ihr Lebensgefühl.

**Hans-Rudolf Merz**

## Kopf des Monats

### Hanspeter Gass

#### Freisinnige handeln:

Der 29-jährige Ausländer, der Anfang Februar einen 76-jährigen Mann in Basel brutal verprügelte, wird aus der Schweiz ausgeschafft. Seine Niederlassungsbewilligung C wird ihm entzogen. Der 29-jährige Mann wurde bereits früher mehrmals gewalttätig. Das Opfer erlitt nicht nur einen Schädelbruch, sondern auch eine Hirnverletzung. Hanspeter Gass, Regierungsrat und Sicherheitsdirektor BS, hat rasch entschieden. Aufgrund dieser Tat wird der 29-Jährige aus der Schweiz ausgewiesen. Hanspeter Gass zeigt mit diesem Entscheid, dass es bereits heute möglich ist,



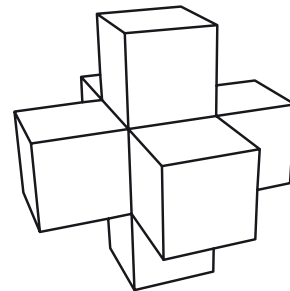
**Hanspeter Gass, der Kopf des Monats**

gegen solche Taten konsequent vorzugehen.

## Geits no?

Im Rahmen der Weiterführung und Ausweitung der Personenfreizügigkeit sind die Gewerkschaften mit Forderungen nach flankierenden Massnahmen auf den Plan getreten. Die absurdeste Forderung in diesem Zusammenhang hat der Mieterverband gestellt: Auch bei den Mieten brauche es flankierende Massnahmen, denn es kämen insbesondere zahlungskräftige Ausländerinnen und Ausländer in die Schweiz, welche durch ihre Nachfrage nach Wohnungen die Mietpreise in die Höhe trieben. Konsequenterweise müssten die Forderungen aber noch weiter gehen: Diese Personen wohnen nicht nur, sondern sie haben auch die

lästige Angewohnheit, zu trinken, Kleider zu kaufen, ins Kino zu gehen usw. Folgerichtig sind auch in all diesen Bereichen flankierende Massnahmen zwingend notwendig.



## Gefährliches Spiel mit dem Feuer

Die Fortführung des bilateralen Weges ist eine der wichtigsten Fragen in den kommenden Jahren. Wer für Arbeitsplätze und Wohlstand ist, muss hier zustimmen. Es droht allerdings eine gefährliche Allianz gegen den bilateralen Weg.

### Von FDP-Präsident Fulvio Pelli

Der bilaterale Weg der Schweiz ist eine Erfolgsgeschichte; dank ihm können wir vom Wirtschaftswachstum in ganz Europa profitieren. Das sichert in der Schweiz Arbeitsplätze und Wohlstand. Alle Schreckensszenarien, welche die Gegner wiederholt heraufbeschworen haben, sind nicht eingetreten. Es kam weder zu Lohndumping noch zu einer Verschlechterung der Arbeitsplätze. Auch kam es nicht zu einer Massimmigration. Im Gegenteil: Mit der neuen Migrationspolitik, in der die Personenfreizügigkeit mit der EU ein wichtiger Bestandteil ist, hat sich die Migration grundsätzlich gewandelt. Heute kommen in erster Linie gut qualifizierte Personen aus dem europäischen Raum in die Schweiz.



Fulvio Pelli

Trotz dem offensichtlichen Erfolg des bilateralen Weges ist dieser alles andere als gesichert. Es drohen Referenden gegen das Personenfreizügigkeitsabkommen als Ganzes und gegen die Ausdehnung die-

ses Abkommens gegen die neuen EU-Staaten Bulgarien und Rumänien.

### Zangenangriff

Die Linke sieht eine Chance, um neue flankierende Massnahmen zu fordern – namentlich im Arbeitsrecht. Dies wäre verheerend, denn damit würde die Schweiz einen ihrer wirtschaftlichen Trümpfe verspielen: flexible Arbeitsmarktbedingungen. Die Vorteile des bilateralen Weges würden also gleich wieder zunichte gemacht. Der Bundesrat hat diesem Ansinnen unter dem Druck der FDP zum Glück bereits eine Absage erteilt.

Ungemach droht auch vonseiten der SVP. Im Rahmen ihrer Oppositionspolitik hat sie – an sich wenig überraschend – ihre Opposition ge-

gen die Personenfreizügigkeit angekündigt und unrealistische Forderungen gestellt. Damit gefährdet die SVP – völlig unverantwortlich – Arbeitsplätze in der Schweiz.

### Wichtiges Vertragswerk

Wir Freisinnigen wollen den bilateralen Weg weiter gehen. Deshalb werden wir uns gegen jegliche Angriffe zur Wehr setzen – im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger. Diese Verträge mit Europa sind zu wichtig, als dass man sie sozialistischem Staats-Interventionismus oder Europa-Ressentiments opfern darf. Es braucht ein klares Bekenntnis zum Bilateralismus – alles andere ist ein gefährliches Spiel mit dem Feuer.



**Der bilaterale Weg muss fortgesetzt werden.**

Delegiertenversammlung und Parteitag in Bern

# DV/Parteitag Bern 18./19. 4. 2008 Hotel National in Bern



## DV 18. 4. 2008

### Präsidium

Vize-Präsidium  
Geschäftsleitung

### Parolenfassung

Gesundheitsverfassung  
Maukorbinitiative  
Einbürgerungsinitiative

## Parteitag 19. 4. 2008

Kernthemen der FDP  
2008–2011



## Parteitag der FDP Schweiz

Samstag,  
19. April 2008,  
10.30–13.00 Uhr  
Hotel National, Bern

Legen Sie die Kernthemen  
der FDP fest.  
Melden Sie sich jetzt an:  
[www.fdp.ch/parteitag](http://www.fdp.ch/parteitag)

FDP Schweiz  
Info: 020 35 35  
info@fdp.ch



FDP-Persönlich

## Aufatmen



FDP-Nationalrat Tarzsius Caviezel wirkte anlässlich des Fraktionsseminars am Freitag sehr nervös und am Samstag völlig gelöst. Des Rätsels Lösung: Der Präsident des Hockeyclubs Davos fieberte mit seiner Mannschaft mit. Als er beim Nachtessen den Sieg über den HC Lugano bekannt geben konnte, fiel ihm sichtbar ein Stein vom Herzen.

## Pankraz Freitag neu im Ständerat



Der Glarner FDP-Regierungsrat Pankraz Freitag ist neuer Ständerat des Kantons Glarus. Er folgt damit auf Fritz Schiesser, der zum Präsidenten des ETH-Rats gewählt wurde und deshalb sein Ständeratsmandat niedergelegt hat. Die FDP Schweiz gratuliert Pankraz Freitag herzlich zu seiner Wahl.

## Rücktritt



Nach mehr als zwölf Jahren Parteiführung, davon 4 Jahre als Kantonalparteipräsident der FDP Luzern, tritt Herbert Widmer zurück. Herbert Widmer wird die Partei bis im Sommer weiterführen und als Kantonsrat weiter politisieren. Für die verbleibende Zeit als Parteipräsident wünschen wir ihm weiterhin viel Erfolg.

Nachruf

## Walliser alt Nationalrat Aloys Copt gestorben

Der Walliser Altnationalrat Aloys Copt ist im Alter von 84 Jahren gestorben. Aloys Copt war von 1967 bis 1975 FDP-Nationalrat und 1974 Vize-Präsident der FDP-Fraktion. Darüber hinaus politisierte er während zwanzig Jahren im Grossen Rat.

Kanton Schwyz

## Generalversammlung der FDP-Frauen Schwyz

**Die FDP-Frauen des Kantons Schwyz konnten an ihrer Generalversammlung auf ein erfolgreiches Jahr zurückblicken.**

Das Vereinsjahr 2007 stand für die Schwyzer FDP-Frauen klar im Zeichen der Nationalratswahlen, wo die FDP-Frauen-Liste einen Wähleranteil von fast 3 Prozent erreicht hat. Ebenfalls konnten sich die FDP-Frauen über einen Mitgliederzuwachs freuen. Der Mitgliederbestand konnte von 60 auf 67 Personen erhöht werden. Beim Vorstand wird auf Konstanz gesetzt: Die bisherigen Vorstandsmitglieder wurden allesamt unter Applaus wiedergewählt. Einigkeit herrschte bei der Parolenfassung zu den eidgenössischen Vorlagen, wo die Schwyzer FDP-Frauen den Parolen der FDP Schweiz folgten.



**Anstossen auf ein erfolgreiches Jahr.**

Kanton Glarus

## Christian Marti-Hauser in den Regierungsrat



Der Vorstand der FDP Glarus-Riedern portiert zuhanden der Delegiertenversammlung der FDP des Kantons Glarus Landrat, Gemeinderat und FDP-Vizekantonalpräsident Christian Marti-Hauser für die Ersatzwahl in den Regierungsrat. Der Vorstand der Ortspartei unterbreitet damit den Delegierten der Kantonalpartei eine qualifizierte und ausgewiesene Kandidatur. Christian Marti-Hauser verfügt über langjährige Erfahrung in der Glarner

Politik. Als Generalist mit Verständnis für kantonale und kommunale Politik ist er dem Gesamtinteresse verpflichtet und hat die Fähigkeit, sich rasch in politische Dossiers einzuarbeiten und zwischen den verschiedenen Interessen den Ausgleich zu finden.

Kanton St. Gallen

## Mehr Sicherheit – weniger Gewalt

**Die Sicherheitspolitik ist ein Kernthema der FDP bei den Wahlen vom 16. März.**



**Karin Keller-Sutter steht ein für mehr Sicherheit und weniger Gewalt.**

Die St. Galler Freisinnigen können mit der wieder kandidierenden Regierungsrätin und bekannten Garantin einer konsequenten Sicherheitspolitik in die Wahlen vom 16. März ziehen. Die Bilanz der Sicherheitsdirektorin lässt sich sehen: So wurde seit 2004 die Polizeipräsenz sichtbar erhöht und die Patrouilletätigkeit zu Nachtstunden verdoppelt. Die Freisinnigen haben die Sicherheitspolitik zu einem Kernthema der Wahlen gemacht: Liberal sein heisst auch Rechtssicherheit schaffen. Gleichzeitig wollen die St. Galler Freisinnigen ge-

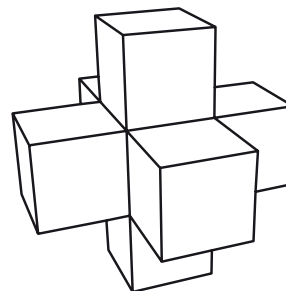
meinsam mit ihrer Regierungsrätin auch Missbräuche im Asylwesen bekämpfen und Integrationsvereinbarungen mit Ausländern abschliessen, damit alle Menschen in der Schweiz die gleichen Startchancen haben.

Kanton Luzern

## Zukunftsweisende Entschlüsse

**Die Luzerner Freisinnigen rüsten sich für die Zukunft.**

Die Ergebnisse des Luzerner Freisinns im Jahr 2007 können sich sehen lassen. Die Grossrats- und Regierungsratswahlen wurden erfolgreich bestanden, und bei den eidgenössischen Wahlen gab es einen Zuwachs an absoluten Stimmenzahlen. Das Ziel muss aber ein weiteres Wachstum sein, deshalb haben das Präsidium und die Geschäftsleitung folgende Beschlüsse gefasst: Die Parteigremien sollen verjüngt und erneuert werden. Die Strukturen werden den Erfordernissen angepasst und die Kommunikation wird noch effizienter gestaltet. Es wurde eine Findungskommission unter Leitung von Vizepräsidentin Ruth Keller eingesetzt, um einen optimalen Nachfolger für Herbert Widmer zu finden, der im Sommer die Parteiführung abgibt.



## Siebenter Auslandschweizer-Preis 2008

Es ist uns eine grosse Freude, Sie zur Preisverleihung des siebenten Auslandschweizer-Preises einladen zu dürfen. Mit dieser Auszeichnung will die FDP Schweiz International auch dieses Jahr eine Persönlichkeit ehren, die sich in besonderem Masse als Auslandschweizerin oder Auslandschweizer verdient gemacht hat.

Die FDP Schweiz International möchte im Rahmen dieser Veranstaltung die Verdienste unserer im Ausland lebenden Landsleute würdigen und ein Thema aufgreifen, welches die Schweizerinnen und Schweizer im Ausland wie im Inland gleichermassen interessiert. Wir haben die Ehre, Herr Prof. Dr. Ralph Eichler, Präsident der ETH Zürich, in unseren Reihen zu begrüssen mit dem Referat:

### «Braucht es neue Hochschulstrukturen zur Lösung der komplexen Zukunftsprobleme?»

Über 20 Persönlichkeiten und Institutionen verschiedenster Länder

und Fachgebiete wurden von unserer Jury geprüft, faszinierende Lebensgeschichten in Erfahrung gebracht und Werdegänge evaluiert. Dabei setzte sich die Jury wie folgt zusammen:

- Hanna Widrig, Direktorin der Zuger Kulturstiftung Landis & Gyr (Jurypräsidentin)
- Francine Asmis, Vorstandsmitglied der FDP Schweiz International
- alt Botschafter Thomas Füglistner
- Guido Schommer, Generalsekretär der FDP Schweiz
- Markus Spillmann, Chefredaktor Neue Zürcher Zeitung
- Dr. Max Schweizer, Minister in Genf
- alt Nationalrat Dr. Georg Stucky, Präsident der Auslandschweizer-Organisation (ASO)

Es ist der Jury nicht leicht gefallen, einen einzigen Preisträger oder eine einzige Preisträgerin zu bestimmen. Lassen Sie sich überraschen und ehren Sie mit Ihrer Teil-

nahme, gemeinsam mit unserer exklusiven Gästeschar aus der Welt der Wirtschaft, Kultur und Politik, nicht nur die auszuzeichnende Persönlichkeit, sondern stellvertretend auch alle im Ausland lebenden Schweizerinnen und Schweizer.

**Wir bitten um Verständnis, dass die Teilnehmerzahl beschränkt ist, und danken für Ihre Anmeldung. Die Anmeldungen werden nach Posteingang berücksichtigt. Spätester Anmeldetermin 20. März 2008.**

## Programm

**Donnerstag, 27. März 2008, Swiss Re Centre for Global Dialogue, Gheistrasse 37, 8803 Rüschlikon**

- 18.00 **Begrüssung der Gäste**  
Nationalrat Markus Hutter,  
Präsident der FDP Schweiz International
- 18.05 **Gastreferat von Prof. Dr. Ralph Eichler, Präsident ETH Zürich**  
«Braucht es neue Hochschulstrukturen zur Lösung der komplexen Zukunftsprobleme?»
- 18.25 **Musikalisches Intermezzo**  
Srdan Vukasinovic
- 18.30 **Präsentation der Eingaben durch die Jury**
- 18.35 **Preisverleihung**  
Nationalrat Markus Hutter
- 18.50 **Laudatio durch Dr. Paul Widmer**  
Botschafter und Ständiger Vertreter der Schweiz  
beim Europarat
- 19.10 **Musikalisches Intermezzo**  
Srdan Vukasinovic
- 19.20 **Verabschiedung**  
Nationalrat Markus Hutter
- 19.25 **Gemeinsamer Aperitif**

Wir danken unseren Sponsoren Albers & Co., Credit Suisse Group, Holcim LTD, Royal Jordanian Airlines, Rudi Hug HT Holding AG, InCentive Asset Management AG, Interpharma, Dr. Bjørn Johansson Associate AG, Herrn Dr. Michael Kohn und Swiss Re sehr herzlich für die grosszügige finanzielle Unterstützung!

Die Durchführung des Anlasses im Swiss Re Centre for Global Dialogue wurde möglich durch die freundliche Unterstützung von Swiss Re.

### Anmeldung

Verleihung des siebenten Auslandschweizer-Preises am Donnerstag, 27. März 2008, im Swiss Re Centre for Global Dialogue, Gheistrasse 37, 8803 Rüschlikon

- ☐ Ja, ich nehme gerne teil.
- ☐ Shuttle-Service von Bahnhof Thalwil gewünscht.
- ☐ Ich kann leider nicht kommen.
- ☐ Kontaktieren Sie mich jedoch für weitere Preisverleihungen.

Name: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_

**Die Anmeldungen werden nach Posteingang berücksichtigt. Spätester Anmeldetermin 20. März 2008.**

Senden Sie die Anmeldung an relations & more..., Doris Fiala-Goldiger, Bergstrasse 123, 8032 Zürich

2 x Nein

# Rechtsstaat statt Bananenrepublik

Am 1. Juni kommen gleich zwei Vorlagen aus der SVP-Küche zur Abstimmung, welche den Rechtsstaat aushebeln wollen. Die Maulkorbinitiative will dem Bundesrat im Abstimmungskampf das Reden verbieten und die Einbürgerungsinitiative verhindert ein korrektes Einbürgerungsverfahren.

Im Vorfeld von Abstimmungen soll sich der Bundesrat nicht mehr zu den Vorlagen äussern dürfen – dies verlangt die Maulkorbinitiative. Die Regierung, welche die Aufgabe hat, das Land zu regieren, soll also ausgerechnet im Vorfeld einer Abstimmung nicht in den Dialog mit dem Volk treten dürfen. Bedenklich an dieser Forderung ist der Geist, den sie atmet. Es wird von einem dummen, unmündigen Volk ausgegangen, das sich von der Regierung

blenden lässt und nicht selber entscheiden kann, weshalb man es vor sich selber schützen muss. Diese Auffassung ist einer Demokratie nicht würdig. Die schweizerische Demokratie lebt von der Diskussion aller Bürgerinnen und Bürger – unabhängig davon, ob sie ein politisches Amt innehaben oder nicht. Jemandem im Abstimmungskampf den Mund zu verbieten, heisst, Demokratie und Rechtsstaat zu beschneiden.

## Demokratie ohne Rechtsstaatlichkeit: ein Widerspruch

Mit seinem Entscheid, wonach die Ablehnung von Einbürgerungsgesuchen zu begründen ist, hat das Bundesgericht klare Regeln für den Einbürgerungsprozess aufgestellt. Eine Begründung für einen Entscheid steht in einem Rechtsstaat jedem Bürger zu. Wenn beispielsweise das Baugesuch abgelehnt wird, ist es selbstverständlich, dass diese Ablehnung begründet wird. Wäre dem nicht so, würden Willkür und Missbrauch Tür und Tor geöffnet. Kantone und Gemeinden haben sich rasch der Rechtsprechung des Bundesgerichts ange-

passt – und das völlig problemlos. In vielen Gemeinden genügt das Verfahren bereits seit langer Zeit rechtsstaatlichen Kriterien. Dort werden Einbürgerungen gutgeheissen und abgelehnt.

Die SVP will nun mit ihrer Initiative den Rechtsstaat aushebeln. Willkürlich statt transparent soll über Einbürgerungen entschieden werden. Gerne konstruieren die Befürworter dieser Vorlage einen Widerspruch zwischen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Einen solchen Widerspruch gibt es aber nicht: Das eine ist ohne das andere nicht denkbar und völlig wertlos.

## Einbürgerungsinitiative

Art. 38 Abs. 4

<sup>4</sup> Die Stimmberechtigten jeder Gemeinde legen in der Gemeindeordnung fest, welches Organ das Gemeindebürgerrecht erteilt. Der Entscheid dieses Organs über die Erteilung des Gemeindebürgerrechts ist endgültig.

## Maulkorbinitiative

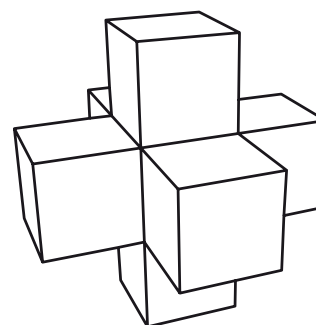
Art 34 Abs. 3 und 4 (neu)

<sup>3</sup> Mit Abschluss der parlamentarischen Beratungen werden die freie Willensbildung und die unverfälschte Stimmabgabe insbesondere wie folgt garantiert:

a. Der Bundesrat, die Angehörigen des obersten Kaders der Bundesverwaltung und die Bundesämter enthalten sich der Informations- und Propagandatätigkeit. Sie enthalten sich insbesondere der Medienauftritte sowie der Teilnahme an Informations- und Abstimmungsveranstaltungen. Davon ausgenommen ist eine einmalige kurze Information an die Bevölkerung durch die Vorsteherin oder den Vorsteher des zuständigen Departements.

b. Der Bund enthält sich jeder Finanzierung, Durchführung und Unterstützung von Informationskampagnen und Abstimmungspropaganda sowie der Produktion, Publikation und Finanzierung von Informations- und Propagandamaterial. Davon ausgenommen ist eine sachliche Broschüre mit den Erläuterungen des Bundesrates an die Stimmberechtigten. Darin sind die befürwortenden und ablehnenden Argumente ausgewogen zu berücksichtigen.

c. Der Abstimmungstermin wird mindestens sechs Monate im Voraus publiziert.



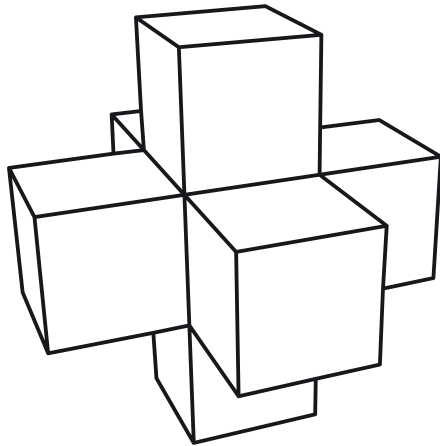
Chance des Monats

## Der bilaterale Weg

Dass der bilaterale Weg der Schweiz grosse Chancen bietet, hat sich klar und deutlich gezeigt; dieser Weg ist eine Erfolgsgeschichte. In den kommenden Monaten wird es darum gehen, diese Erfolgsgeschichte fortzusetzen – sicher ist diese Fortsetzung nicht, denn bereits wurden Opposition und Referenden gegen das Personenfreizügigkeits-Abkommen angekündigt. Der bilaterale Weg darf nicht gefährdet werden, denn dadurch würde mehr als bloss eine Chance verspielt.

### Schreiben Sie uns:

FDP Schweiz  
Redaktion «Freisinn»  
Postfach 6136  
Neuengasse 20  
3001 Bern  
gnaegi@fdp.ch



### Post-it mit FDP-Logo

Diese praktischen Notizzettel gehören in jedes Büro und in jeden Haushalt.

20×50 Blatt

Preis: Fr. 32.– zuzüglich Porto und Verpackung



### Kugelschreiber

Fr. 35.–/50 St.

Bestelladresse: FDP Schweiz, Erwin Aebischer, Postfach, 3001 Bern,  
E-Mail: aebischer@fdp.ch, Tel. 031 320 35 25

Weitere Artikel finden Sie unter: [www.fdp.ch/shop](http://www.fdp.ch/shop)

Anzeige

### EINE SOLIDARITÄTS-PATENSCHAFT für die Zukunft der Kinder



☐ Ja, ich möchte eine  
Solidaritäts-Patenschaft für  
Kinder in Not abschliessen.

Ich bezahle monatlich

☐ Fr. 40.– ☐ Fr. \_\_\_\_\_

Bitte senden Sie mir die Patenschaftsbestätigung zusammen mit den Einzahlungsscheinen.

☐ Bitte senden Sie mir mehr Informationen über die Patenschaften von Terre des hommes.

34147

Name \_\_\_\_\_

Vorname \_\_\_\_\_

Strasse \_\_\_\_\_

PLZ/Ort \_\_\_\_\_

Datum \_\_\_\_\_

Unterschrift \_\_\_\_\_

Terre des hommes, Patenbetreuung,  
En Budron C8, 1052 Le Mont-sur-Lausanne  
Infoline: 021/654 67 67 • E-mail: [info@tdh.ch](mailto:info@tdh.ch)

© Terre des hommes

Kinderhilfe - [www.tdh.ch](http://www.tdh.ch)



## Im Interesse der ganzen Schweiz – FDP begrüsst Bekenntnis zur Personenfreizügigkeit

Die Weiterführung des Personenfreizügigkeitsabkommens nach 2009 ist ein wichtiges Element für die Fortsetzung des bilateralen Wegs. Die FDP setzt sich mit Nachdruck für diesen bilateralen Weg mit der EU ein, denn dieser Weg ist ein wichtiger Grund für den guten Gang der Wirtschaft und damit für den Wohlstand der Bürgerinnen und Bürger. Die FDP begrüsst deshalb das zügige Vorgehen des Bundesrats. Auch betreffend Erweiterung des Freizügigkeitsabkommens auf Rumänien und Bulgarien muss der Bundesrat rasch eine Vorlage auf den Tisch legen.



Sämtliche Erfahrungen zeigen, dass der bisherige bilaterale Weg der Schweiz mit der EU ein Erfolg ist. Nicht zuletzt dank den Bilateralen geht es der Schweiz heute wirtschaftlich sehr gut. Die Schreckensszenarien der Gegner haben sich allesamt nicht bewahrheitet. Das Gegenteil ist eingetreten: Unter dem Freizügigkeitsabkommen hat sich die Migration in die Schweiz völlig verändert. Es sind heute primär qualifizierte Personen aus Europa, welche in die Schweiz einwandern und zu Wachstum und Wohlstand beitragen. Aus diesem Grund sind der bilaterale Weg und damit auch das Personenfreizügigkeitsabkommen weiterzuführen. Die FDP verlangt, dass der Bundesrat auch rasch die Vorlage für die Ausdehnung des Abkommens auf Rumänien und Bulgarien vorlegt. Bei beiden Vorlagen ist eine Zustimmung zentral, um den bilateralen Weg als Ganzes weiterführen zu können. Wer den bilateralen Weg torpediert, schadet der Schweizer Wirtschaft und greift damit Arbeitsplätze und Wohlstand der Schweizerinnen und Schweizer an.

Für die FDP sind im Hinblick auf das Abkommen zu Rumänien und Bulgarien zwei Bedingungen zentral:

- Es dürfen keine zusätzlichen flankierenden Massnahmen – namentlich im Arbeitsrecht – eingeführt werden. Die Rahmenbedingungen des Standorts Schweiz müssen weiter verbessert und nicht durch eine Interventionsflut verschlechtert werden. Unter dem Druck der FDP hat der Bundesrat zusätzlichen flankierenden Massnahmen bereits eine Absage erteilt.

- Statt flankierender Massnahmen fordert die FDP lange Übergangsfristen und Kontingente.

## Linke Sturheit gefährdet Bilaterale – FDP fordert klares und bedingungsloses Ja

Gewerkschaften und SP versuchen stur, im Zuge der Weiterführung des bilateralen Wegs mit der EU zusätzliche flankierende Massnahmen durchzudrücken. Mit ihren sachfremden und überrissenen Forderungen gefährdet die Linke den bilateralen Weg. Die FDP-Fraktion fordert von SP und Gewerkschaften, dass sich diese bedingungslos zum bilateralen Weg bekennen.

## Schluss mit der Polemik!

Erklärung der Geschäftsleitung der FDP Schweiz

Bundespräsident Pascal Couchepin ist in einer Kommissionssitzung ein Fehler unterlaufen, der zu Missverständnissen und Polemik Anlass gab und gibt. Im Rahmen einer Geschäftsleitungssitzung hat Pascal Couchepin bedauert, dass die Polemik entstanden ist und nun auch die Partei betrifft. Die FDP verurteilt, dass der Vorfall nun politisch instrumentalisiert und sogar der Schrecken des Holocaust missbraucht wird.

Der Fehler anlässlich einer Kommissionssitzung hat den Eindruck erweckt, dass der Bundespräsident einen Vergleich zwischen der heutigen politischen Situation und den Dramen der Geschichte im Zweiten Weltkrieg machen wollte. Dies ist nicht der Fall.

Die bisherige Kommunikation rund um die entstandene schwierige Situation hat nicht genügend zur Klärung der Lage und zur Beseitigung der Missverständnisse beigetragen. Die Polemik droht die Sicht auf die wichtigen politischen Probleme des Landes weiterhin zu vernebeln. Die FDP kennt Pascal Couchepin seit Jahrzehnten als engagierten Kämpfer gegen Rassismus, Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit und ist nach der Diskussion mit ihm überzeugt, dass er keinen solchen Vergleich gemacht hat. Pascal Couchepin hat bekräftigt, dass er mit seinen Aussagen niemanden verletzen wollte: «Ich entschuldige mich bei allen Bürgerinnen und Bürgern, die von dieser Aussage sehr betroffen sind und insbesondere bei meinen freisinnig-liberalen Freunden», so Bundespräsident Pascal Couchepin. Die FDP verurteilt die aktuellen politischen Instrumentalisierungsversuche aufs Schärfste. Insbesondere ist es völlig deplaciert, die Opfer der Nazigewalt im KZ Buchenwald für politische Ziele zu missbrauchen. Die Stiftung Gedenkstätte Buchenwald hat in aller Form gegen diesen «schwerwiegenden Vorfall» protestiert: In bisher einzigartiger

Weise hätten sich ein Fernsteam und ein Politiker «über die Regeln der Stiftung zum Schutz der Würde des Ortes und der Opfer hinweggesetzt».

Die FDP ist schockiert, dass sich das Schweizer Fernsehen instrumentalisieren liess und dabei das Ansehen und die Würde des KZ Buchenwald schädigte. Diese unwürdige Handlung verletzt den Informationsauftrag des Fernsehens.



## Mit Riesenschritten in die Zukunft

Die FDP muss sich auf Kernthemen fokussieren und in Bezug auf ihre Kommunikationsmittel einen Schritt in die Zukunft machen; dies haben die Delegierten der FDP Schweiz beschlossen. Neben der Arbeit an den Themen ist auch die Umsetzung dieses organisatorischen Auftrags bereits in vollem Gang.

### Von FDP-Pressechef Christian Weber

Am 19. April hat die Delegiertenversammlung der FDP Schweiz in Rapperswil (SG) eine Resolution angenommen, welche die inhaltliche und organisatorische Stossrichtung der FDP vorgibt (siehe Kasten). Beschlossen wurde dabei, dass das bestehende Websystem weiter auszubreiten ist und ein Adresssystem eingerichtet werden soll, das die Daten sämtlicher Mitglieder in der ganzen Schweiz enthält.

### FDP-CMS, die Erfolgsschichte fortsetzen

Bereits seit mehreren Jahren betreibt die FDP Schweiz ein sogenanntes Content-Management-System (CMS) für die Gestaltung ihrer Webseite. Das System hat sich bewährt. Heute sind fast zweihundert Mandanten angeschlossen – von Kantonal- über Ortsparteien bis zu Einzelpersonen. Dieses System erlaubt es, Texte auf einfache Weise zu bearbeiten und dadurch die Webseite immer auf dem aktuellsten Stand zu halten. Der Rahmen ist

dabei vorgegeben; man muss sich also nicht um die Gestaltung der Seite kümmern. Ziel ist es nun, dass sämtliche FDP-Seiten in der ganzen Schweiz in dieses System integriert werden. Damit haben alle Webseiten der FDP dasselbe Erscheinungsbild und sind optisch immer auf dem neusten Stand.

### Informationen sicherstellen

Ein zentraler Faktor einer schlagkräftigen Organisation ist heute die Möglichkeit, dass die Mitglieder rasch informiert werden und diese sich selber einfach und schnell auf allen Stufen einbringen können. Dies ist heute in der FDP nicht möglich, weil die Adressdaten nicht zentral verfügbar sind. Deshalb wurde nun der Aufbau einer Adressdatenbank mit sämtlichen Mitgliedern der FDP an die Hand genommen. Davon profitieren sowohl die Sektionen als auch die einzelnen Mitglieder. Die Sektionen werden neu Zugriff auf die Daten ihrer Mitglieder haben und diese einfach mit Informationen bedienen können. Die Mitglieder ihrerseits werden besser informiert und haben mehr Möglich-



Das FDP-CMS: Moderner und einheitlicher Web-Auftritt.

keiten, sich ganz direkt an politischen Diskussionen zu beteiligen. Das Adresssystem ist bereits im Einsatz und wird in den kommen-

den Monaten nun via Kantonalparteien in der ganzen Schweiz verbreitet.

## Wort des Monats

### CMS

Das Wort – oder besser die Abkürzung – CMS stammt aus der Informatik und bedeutet Content Management System. Damit wird ein spezielles Programm zum Erstellen und Aktualisieren von Webseiten bezeichnet. In einem CMS kann man Texte und Bilder ganz einfach einfügen und ändern, ohne dass man sich um die Gestaltung

der Seite kümmern muss; diese wird vorgegeben. Die FDP hat ein solches CMS für ihre Webseite und daran angeschlossen sind auch zahlreiche Kantonal- und Ortsparteien. Man erkennt diese Seiten daran, dass sie allesamt dasselbe Erscheinungsbild haben und dadurch klar als FDP-Webseite wieder erkennbar sind.

## Resolution zur Zukunft der FDP

Anlässlich der Delegiertenversammlung der FDP Schweiz vom 19. Januar 2008 haben die Delegierten einstimmig folgende Beschlüsse gefällt.

1. Die FDP ergreift eine Herausfordererstrategie.  
Dies bedeutet, dass sich die FDP in zentralen Fragen frühzeitig positioniert und diese Position auch gegen externe Widerstände aufrechterhält.
2. Die FDP fokussiert sich auf wenige Kernthemen.
3. Die FDP tritt schweizweit einheitlich auf.  
Dies beinhaltet zum Beispiel eine einheitliche Website und allgemein die Einhaltung der CI/CD-Vorgaben.
4. Die FDP baut eine gemeinsame Adressdatenbank auf.  
Dadurch kann jedes Parteimitglied innert kürzester Zeit mit aktuellen Informationen beliefert werden.
5. Für die Wahlen 2011 führt die FDP einen einzigen, gemeinsamen nationalen Wahlkampf.



### Fazit

Per 1. März tritt der amtierende Generalsekretär zurück und der designierte Generalsekretär nimmt seine Arbeit auf. Guido Schommer zieht Bilanz, und Stefan Brupbacher macht einen Ausblick.

Ein politisches Erdbeben erschütterte Bundesbern am 12. Dezember 2007: Noch ist der Anpassungsprozess des schweizerischen Parteiensystems an die neue Situation in vollem Gange. Aus freisinniger Sicht lassen sich aber doch deutlich ein paar Positionierungschancen erkennen:

Die neue Regierung ist gegen den Willen der FDP von einer Links-Grün-CVP-Allianz bestimmt worden. Damit ist klar: Die CVP ist als Erfüllungsgehilfin für einen SP-Plan aufgetreten und hat im Gegenzug die Bundeskanzlei erhalten. Sie ist fortan im Rucksack der Linken. Innerhalb der CVP hat sich der christlichsoziale Machtanspruch durchgesetzt.

Die SVP befindet sich ab sofort in der selbst gewählten Opposition. Sie war nicht bereit oder nicht fähig, den von einer Parlamentsmehrheit nicht mehr gewünschten bisherigen Bundesrat rechtzeitig durch einen eigenen alternativen Kandidaten zu ersetzen. Wie die Opposition aussieht, bleibt vorderhand völlig unklar.

Damit befindet sich die FDP in einer völlig neuen Rolle als einzige bürgerliche Regierungspartei. Beide traditionellen bürgerlichen Regierungspartner gingen andere Wege: die CVP durch ihre Mutation



Guido Schommer

zum christlichsozialen Machtanspruchsinstrument, die SVP durch ihren selbst gewählten Gang in die Opposition.

Der neue Bundesrat mit zwei fraktionslosen Mitgliedern und ei-

ner CVP-Vertretung unter linkem Druck droht einen verheimlichten Linksrutsch zu erleiden.

Die FDP wird sich deshalb wann immer nötig liberaler und bürgerlicher als der Gesamtbundesrat po-

sitionieren, teilweise auch in Opposition zum Gesamtbundesrat. Nötigenfalls wird sie mit Volksrechten arbeiten müssen, wenn sich der Gesamtbundesrat von der in der Bevölkerung verankerten liberal-bürgerlichen Politik verabschiedet. Auch eine projektweise Zusammenarbeit mit der Opposition muss in solchen Fällen denkbar sein, wenn die SVP bereit ist, ein liberal-bürgerliches Projekt zu unterstützen.

Die FDP wird als einzige bürgerliche Regierungspartei auch innerhalb des Bundesrates einen starken Pol bilden müssen, welcher in vielen Fällen in Opposition zu linksgrün stehen wird.

Im neuen Bundesrat könnten die Anliegen der Wirtschaft unter Druck geraten. Die FDP sollte eine gemeinsame Plattform mit der Wirtschaft anstreben, um genügend Gegendruck aufzubauen. Ein Linksrutsch des Bundesrates würde das Wachstum ersticken und käme das Land teuer zu stehen.

Klar bleibt jedoch: Die FDP ist und bleibt eine demokratische Partei ohne doktrinaire Instrumente. Sie wird ihre neue Rolle diskutieren und die notwendigen Konsequenzen für die Partei- und Fraktionsarbeit in jedem Fall zusammen mit der Parteibasis zu ziehen haben.

Guido Schommer

**Der Unterzeichnete wird die Aufgabe des Generalsekretärs per 1. März 2008 seinem designierten Nachfolger Stefan Brupbacher übergeben. Ihm und seinem teilweise neuen Team sei an dieser Stelle viel Erfolg beim Erreichen der von Partei und Fraktion gesteckten Ziele gewünscht. Dem abtretenden Stabchef bleibt die noble Rolle, allen Liberalen zu danken, welchen er in den vergangenen über elf Jahren begegnen und mit welchen er zusammenarbeiten durfte. Und zwar dem Parteimitglied von Romanel-sur-Lausanne und Vordemthal (AG) genauso wie den Bundesräten und Parteiprääsidenten. Merci!**

**Eine bleibende Erinnerung an die gesellige Seite des abtretenden Generalsekretärs werden die Sekretären-Skiweekends im Frühjahr sein. Ehemalige und aktive Kantonalsekretäre treffen sich dann jedes Jahr zu gemeinsamem Skifahren und zugehörigen Lustbarkeiten. Das allererste Weekend fand 1999 in Andermatt statt, unter kundiger Vermittlung des nachmaligen Regierungsrats Stefan Fryberg. Da soll es doch tatsächlich vorgekommen sein, dass der Generalsekretär und seine Getreuen um 03.30 Uhr noch Unterschriften für die Steuerstopp-Initiative sammelten. Das nennt man wohl politische Standfestigkeit ...**

## Rasch liberale und klare Positionen beziehen!

Die vergangenen Monate zeigten: Der politische Klimawandel in der Schweiz ist rascher und stärker als der natürliche. So wird es weitergehen: Die oppositionelle SVP, die nach links driftende CVP-Mischfraktion und die gewerkschaftlich geführte SP werden härter kämpfen.

Und die FDP? Sie ist seit Dezember nicht mehr nur die einzige bürgerliche Reformpartei, sondern auch die einzige Regierungspartei rechts der Mitte. Im künftig rauen Klima bietet dies Chancen. Denn Gegenwind von rechts und links kann uns Aufwind verschaffen. Dies aber nur, wenn der wirtschafts- und der gesellschaftsliberale Flügel fest an einem starken Rumpf gemeinsam getragener Kernthemen verankert sind. Hier hat die DV in Rapperswil vorgespurt: Am Parteitag im April wird die FDP diese Kernthemen auswählen. Nicht jedes Parteimitglied muss für jedes der drei bis vier Kernthemen gleich begeistert sein. Aber mit mindestens zwei bis drei der Themen soll es sich voll identifizieren können. Denn Flügelkämpfe bezüglich Kernthemen gilt es künftig zu verhindern. Hier liegt die Grenze zwischen Auf- und Abwind, zwischen 20 Jahren Wahlverlusten und einer Trendwende 2011.

Neben der Fokussierung auf Kernthemen braucht es mehr Bürgernähe und Bodenhaftung. Die Wähler sollen unsere Vorschläge und die Marke FDP erkennen. Das bedeutet:

- Liberal und glaubwürdig sein: Während die Populisten von links und rechts primär Ängste kultivieren, muss die FDP für die Sorgen unserer Wähler konkrete Lösungen propagieren.
- Klar und verständlich sein: Unsere Positionen müssen griffig, unsere Haltung muss angriffig sein. Das bedeutet eine weitere Professionalisierung unserer Kommunikation: kurze und verständliche Positionspapiere des Generalsekretariats, Aufbau von Leuchttürmen und Verbindung von Themen und Köpfen und



**Stefan Brupbacher**

schliesslich systematisches Medientraining.

- Schnell und vor anderen Parteien Positionen beschliessen: Nur so werden wir nicht als Mitläufer einer neuen Koalition der Vernunft der neunziger Jahre oder als Steigbügelhalter der SVP kritisiert.

Diese Ausgangslage erhöht die Herausforderung für Bundeshausfraktion und Kantonalparteien. Besonders gefordert wird dabei das Generalsekretariat der FDP-Schweiz, die Kampfmaschine der Partei. Hier sind Organisation, Innovation und proaktives Handeln zentral. Die neue Legislatur hat ein neu zusammengesetztes General-

sekretariat. Mein erstes Ziel ist deshalb, ein verschworenes, engagiertes und fokussiertes Team aufzubauen. Ein Team, das Themen frühzeitig erkennt, diese für und mit Fraktion und Kantonalparteien aufbereitet, damit diese das Feld besetzen können.

Zweitens gilt es die von der DV in Rapperswil beschlossenen organisatorischen Veränderungen umzusetzen. Sie alle dienen der Steigerung unserer Schlagkraft. Alte Zöpfe sollen gekappt werden, was auf Widerstand stossen mag. Doch als Reformpartei kann die FDP interne Reformen nicht ablehnen.

Konkret geht es zuallererst um die Einführung der Mitgliederdaten-

bank. Wir brauchen den Kontakt zu den Mitgliedern der FDP. Mit ihnen wollen wir direkt statt über die Medien kommunizieren. Sie sollen rasch unsere Positionen kennen und direkt wissen, was führende FDP-Exponenten effektiv gesagt haben. Weitere Projekte sind die Stärkung der Corporate Identity, denn die Marke FDP soll schweizweit erkennbar sein, und die Nutzung einer einheitlichen FDP-Website durch alle Parteisektionen.

Für all diese Aufgaben müssen wir enger als bisher mit den Kantonalparteien und deren Sekretariaten zusammenarbeiten. Politik wird zwar immer nationaler, die Ausstrahlung der Präsidenten und Sekretäre dynamischer Kantonal- und Ortsparteien ist aber für die Identifikation mit der Partei ausschlaggebend.

Zusammen mit einem verschworenen und motivierten Team einen Beitrag zum Erfolg der Partei 2011 zu leisten, ist eine grosse und faszinierende Herausforderung. Für Ihre Unterstützung und Ihre Ratschläge danke ich. Auf den Kontakt und die Zusammenarbeit in einer für unsere Partei und die Schweiz spannenden Zeit freue ich mich!

**Stefan Brupbacher**

## «Le Temps des femmes»

Journalistin für einen Tag! Verschiedene freisinnige und liberale Frauen waren eingeladen, die Jubiläumsausgabe der Westschweizer Tageszeitung «Le Temps» mitzugestalten. Das Ereignis bot Gelegenheit für einen einmaligen Blick hinter die Kulissen des Medienbusiness.

**Von Barbara Perriard, Generalsekretärin FDP-Frauen Schweiz**

Die Westschweizer Tageszeitung «Le Temps» feierte ihr Zehn-Jahre-Jubiläum mit einer Spezialausgabe. Gegen 60 Frauen aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur nahmen die Einladung von «Le Temps» und der Bank Vontobel an und gestalteten unter Realbedingungen die Ausgabe vom Montag, 4. Februar 2008. Mit von der Partie waren auch mehrere freisinnig-liberale Frauen. Alt Ständerätin und heutige IKRK-Vizepräsidentin **Christine Beerli**, die St. Galler Regierungsrätin **Karin Keller-Sutter**, die Waadtländer Regierungsrätin und

vielleicht künftige Frauen-Präsidentin **Jacqueline de Quattro**, die Genfer Nationalrätin **Martine Brun-schwig Graf**, die Stammzellenforscherin **Marisa Jaconi**, die ehemalige Nationalrätin **Barbara Polla** sowie FDP-Frauen-Generalsekretärin **Barbara Perriard** recherchierten akribisch und feilten während Stunden an ihren Texten. Angesichts des immer näher rückenden Redaktionsschlusses kam mancherorts Hektik auf. Das Resultat kann sich aber durchaus sehen lassen. Eine interessante, (fast) ausschliesslich von Frauen gestaltete Ausgabe mit einem bunten Themenmix lag am Tag darauf



an den Kiosken auf. Medien aus allen Landesteilen berichteten über «Le Temps des femmes».

### Seitenwechsel

Die Erfahrung war herausragend, darin waren sich alle Beteiligten einig. Der Seitenwechsel ermöglichte einmalige Einblicke hinter die Kulissen einer Tageszeitung und in das gnadenlose, vom Kampf um die fettesten Schlagzeilen und die höchsten Auflagen geprägte Business. Bereits in der morgendlichen Redaktionssitzung ging es unmittelbar zur Sache. Die «Journalistinnen» der verschiedenen Rubriken waren sich nicht immer einig, welche Themen in der Berichterstattung welchen Stellenwert einnehmen sollten.

### Mut zur Lücke

So manche Politikerin oder Wirtschaftsführerin hat wohl künftig mehr Verständnis, dass Medienschaffende vielfach gezwungen sind, komplexe Sachverhalte zu vereinfachen und stark zu reduzieren. Mit knapp 2000 Zeichen lässt sich

nicht jedes Detail beleuchten. Zudem gilt es, die persönliche Meinung in den Hintergrund zu stellen. Informieren, und damit Meinungsbildung ermöglichen, lautet der klare Auftrag. Diesem Anspruch gerecht zu werden, ist nicht immer einfach.

### Netzwerke

Die Teilnehmerinnen konnten aber nicht nur ihren beruflichen Horizont, sondern auch das persönliche Netzwerk erweitern. Zurück bleiben nicht nur die persönlichen Eindrücke und die persönliche Erinnerung, sondern vielfältige Artikel wie etwa über die Erweiterung der Personenfreizügigkeit, die angespannte politische Lage im Irak oder zur Fussballpartie YB-FCB im Stade de Suisse...

## Der feminine Stil

Ohne ein hohes Mass an inneren Werten wie Intelligenz, Ehrgeiz, Engagement, Durchsetzungs- und Einfühlungsvermögen wären Frauen nicht da, wo sie heute sind – nämlich an der Spitze von Staaten, Unternehmen und Organisationen. Ob es uns gefällt oder nicht: Innere Werte sind in der medialisierten Welt nur so viel wert, wie man sie von aussen erkennen kann. Im Herbst 2006 weihte AKRIS-Chefdesigner Albert Kriemler die FDP-Frauen anlässlich der Netzwerkveranstaltung «Erfolg» in die Geheimnisse des «dress for succes» ein. Nun wartet der kürzlich erschienene Ratgeber «Der feminine Stil» mit Skizzen und Zeichnungen des St. Galler Modemachers auf. Kurzweilig wird auf rund 200 Seiten aufgezeigt, dass die Zeiten vorbei sind, in denen Frauen sich männlich kleideten, um auf dem Weg in die Chef(innen)etagen ernst genom-

men zu werden. Die Tipps, wie man ein Maximum an Kompetenz ausstrahlt und gleichzeitig weiblich Akzente setzt, gelten nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch in der Politik. (bp)

«Der feminine Stil. Businessmode für Frauen» von Silke Frink, erschienen in der Haufe, Mediengruppe 2007, Fr. 38.20.



Mehr zu «Le Temps des femmes»  
→ [www.letemps.ch/dossiers/2008\\_10ans\\_letempsdes-femmes](http://www.letemps.ch/dossiers/2008_10ans_letempsdes-femmes).

Nachfolge Marianne Dürst

## Jacqueline de Quattro und Isabelle Moret – Dreamteam aus der Waadt

Mit Jacqueline de Quattro und Isabelle Moret bewerben sich gleich zwei Frauen aus der Waadt um freisinnige Spitzenämter. Während Nationalrätin Isabelle Moret von ihrer Kantonalpartei ins Rennen um das freiwerdende Westschweizer Vizepräsidentium der FDP Schweiz geschickt wurde, könnte Regierungsrätin Jacqueline de Quattro bereits am 1. März zur Nachfolgerin von Marianne Dürst als FDP-Frauen-Präsidentin gewählt werden. Die FDP-Frauen-VD haben Jacqueline de Quattro als Kandidatin nominiert.

Sowohl Jacqueline de Quattro als auch Isabelle Moret sind den FDP-Frauen bestens bekannt. An-

lässlich des Wahl-Kick-offs im Frühjahr 2007 durften die langjährigen politischen Weggefährtinnen die «flamme radicale» von Christiane Langenberger und Doris Cohen Dumani entgegennehmen und damit symbolisch das politische Erbe dieser beiden Ikonen des weiblichen Freisinns antreten.

Die FDP-Frauen Schweiz freuen sich über dieses schlagkräftige Doppel aus der Waadt, ist es doch erklärtes Ziel, die Position in der Westschweiz auszubauen. Es besteht kein Zweifel, dass dies mit dem Duo de Quattro/Moret gelingen wird!

(bp)



«Politically Blonde» – Jacqueline de Quattro und Isabelle Moret nehmen anlässlich der GV 07 die «flamme radicale» entgegen.

## Ein liberaler Blick auf ... Claudia Kretz, Jungfreisinnige SG

Erinnern Sie sich an Claudia Kretz? Der «Freisinn» hat die junge Gossauerin bereits vor einiger Zeit porträtiert, und zwar als Mentee von Regierungsrätin Marianne Dürst im Rahmen des EKF/SAJV-Programmes «Von Frau zu Frau». Über 12 Monate wurde die Ostschweizerin von FDP-Frauen-Präsidentin Marianne Dürst betreut und gecoacht. Zur Freude ihrer ehemaligen Mentorin (und der FDP-Frauen Schweiz natürlich!) hat die engagierte Jungfreisinnige innerhalb kurzer Zeit eine beachtliche politische Karriere gemacht. Sie erzielte im vergangenen Herbst auf der Nationalratsliste der Jungfreisinnigen ein Traumresultat, und im Januar 2008 wurde sie zur Präsidentin des Stadtparlaments Gossau gewählt.

### Win-win

Es lohnt sich, in Mentoring und damit in den Nachwuchs zu investieren. Die Mentee profitiert von der Unterstützung und dem Netz-



Herzliche Gratulation! Claudia Kretz, Präsidentin des Stadtparlaments Gossau, mit Regierungsrätin Karin Keller-Sutter und Marc Mächler, Präsident FDP SG, anlässlich der Wahlfeier.

werk ihres Mentors oder ihrer Mentorin. Die FDP ihrerseits kann Hoffnungsträgerinnen frühzeitig identifizieren und entsprechend fördern. Zahlreiche FDP-Exponentinnen haben sich denn auch in den vergangenen Jahren aktiv als Mentorinnen betätigt. Die Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände SAJV bietet

auch künftig spezielle Mentoringprogramme von Frauen für Frauen an. Anmeldeschluss für den Zyklus 08/09 ist der 12. März 2008.

Mehr dazu unter [www.sajv.ch/projekte/mentoring](http://www.sajv.ch/projekte/mentoring).

## Wechsel in die Privatwirtschaft:



Barbara Perriard

FDP-Frauen-Generalsekretärin Barbara Perriard wechselt in die Privatwirtschaft. Sie ist zur neuen Leiterin Public Relations und Mitglied der Geschäftslei-

tung der traditionsreichen Berner Agentur Hofer Kommunikation ernannt worden. Bis Ende Mai 2008 wird Barbara Perriard der Nachfolgerin von Marianne Dürst im Präsidium der FDP Frauen Schweiz zur Seite stehen. Damit ist ein optimaler Wechsel an der Spitze der FDP Frauen sichergestellt.

Die Juristin Barbara Perriard ist seit zwanzig Jahren im Freisinn aktiv. Nach beruflichen Stationen in der Verwaltung des Kantons Basel-Landschaft und des Bundes wechselte sie vor sieben Jahren ins FDP-Parteisekretariat. Zunächst amtierte sie als Pressechefin der FDP Schweiz. 2004 wurde sie zur ersten Generalsekretärin der FDP Frauen Schweiz ernannt.

Euro08

# Die Jungfreisinnigen bleiben am Ball – auch an der Euro08

Die Community der Jungfreisinnigen nimmt die Euro08 als grössten Event des Jahres zum Anlass für eigene Aktionen für ihre Mitglieder sowie für ihre europäischen Gäste.

Wie bereits bei der WM 2006 wird es wegen des grossen Erfolges auch dieses Jahr wieder ein internes Tippenspiel parallel zum Wettkampf geben. Schliesslich gilt es zu wissen, wer die oder der «Treffsicherste» ist. Treffsicherheit soll aber auch beim eigenen Fussball-Grünpeltturnier des Jungfreisinns unter Beweis gestellt werden können. Am Finalwochenende vom 28./29. Juni möchten wir eine eigene Meisterschaft organisieren – mit Teams aus Kantonen sowie möglicherweise der FDP oder unserer europäischen Gäste. Derzeit sind wir auf der Suche nach einem

geeigneten Austragungsort mit der Möglichkeit, den Final auf Grossleinwand zu sehen. (Interessierte melden!). Viel konkreter ist das Angebot bereits für die Jungfreisinnigen aus ganz Europa unserer Partnerorganisationen. Während der Euro08 bieten Jungfreisinnige ihren Kolleginnen und Kollegen aus ganz Europa Unterkünfte an. Anmeldungen sind bereits möglich über das Stichwort Europool unter [www.jungfreisinnige.ch](http://www.jungfreisinnige.ch).








Last but not least nicht fehlen darf natürlich eine Spezialausgabe Euro08 unserer Mitgliederzeitschrift «Accent». Das Tippenspiel, der



Jungfreisinnige nehmen den Ball auf.

Europool für unsere europäischen Gäste sowie selbstverständlich alle Teilnehmenden unserer Meisterschaft werden darin gebührend Platz finden.

## Jungfreisinnige Nationalratskandidaten reüssieren bei Smartvote

	Name	PLZ/Ort
1.	 Chappaz Robin Jg. 1987 (Jeunes radicaux), gewählt	1595 Chesires
2.	 Delévaux Yann Jg. 1987 (Jeunes radicaux), gewählt	1182 Gilly
3.	 Dumoulin Coralie Jg. 1980 (Jeunes radicaux), gewählt	1822 Chemex
4.	 Golaz Elodie Jg. 1983 (Jeunes radicaux), gewählt	1020 Renens
5.	 Grubéty Stéphanie Jg. 1986 (Jeunes radicaux), gewählt	1864 Vers-L'Eglise
6.	 Kübler Steven Jg. 1987 (Jeunes radicaux), gewählt	1110 Morges
7.	 Roch François Jg. 1979 (Jeunes radicaux), gewählt	1166 Pully

### Smartvote

Viel wird in letzter Zeit über die Verjüngung in der Politik gesprochen. Smartvote hat nun ein Zeichen gesetzt: Die Wahlplattform hat alle sieben jungfreisinnigen Nationalratskandidaten aus dem Kanton Waadt für gewählt erklärt. Unter den «Gewählten» befindet sich auch Yann Delévaux, der neue Generalsekretär der Jungfreisinnigen Schweiz, dem wir von dieser Stelle aus herzlich für seine Wahl gratulieren möchten. Als politischer Aus-

gleich werden jedoch auch alle Kandidaten der Schweizer Demokraten, darunter die bald 90-jährige Mary Meissner, als gewählt angezeigt. Ginge es nach Smartvote, wäre der Kanton Waadt mit 59 Vertretern die stärkste Kraft im Nationalrat.

Die Jungfreisinnigen Schweiz (jfs) suchen per sofort oder nach Vereinbarung eine/n flexible/n

## Webmaster/in

auf Auftragsbasis. Sie sind direkt dem Vorstand, dem Exekutivorgan der Jungfreisinnigen Schweiz, unterstellt und tragen die Verantwortung für die folgenden Aufgaben:

- Sie betreuen die Webinfrastruktur der Jungfreisinnigen Schweiz
- eigener Managed Dedicated Server mit mehreren Dutzend Kunden-Accounts (Sektionen, Kampagnen usw.)
- Typo3-Webseiten der Jungfreisinnigen Schweiz und deren Sektionen
- Dokumentenverwaltungs- und Groupware-Systeme
- Sie tragen die Verantwortung für die technische Pflege- und Weiterentwicklung der diversen Webseiten und Systeme
- Sie erledigen Änderungs- und Ausbaufträge prompt und zuverlässig.

Eine unterbrechungsfreie und gut funktionierende Webinfrastruktur hat für die Jungfreisinnigen Schweiz einen hohen Stellenwert. Deshalb suchen wir für diesen anspruchsvollen Posten

- eine junge, politische interessierte Person,
- die Aufgaben zeitlich sehr flexibel ausführen kann,
- sehr gute Kenntnisse der folgenden Webtechnologien mit sich bringt:
  - Typo3 – MySQL – PHP – Linux/Unix-Welt – Apache,
- und gewillt ist, die Tätigkeit während mindestens zwei Jahren auszuüben.
- Wenn Sie zusätzlich noch mit Graphik-Programmen wie InDesign und Photoshop versiert sind, runden Sie Ihr Profil ab.

Sind Sie interessiert an dieser herausfordernden Tätigkeit?

Bitte senden Sie uns Ihre Unterlagen bis zum 31. März an [sekretariat@jungfreisinnige.ch](mailto:sekretariat@jungfreisinnige.ch). Für Fragen steht Ihnen Simon Berther (Vorstandsmitglied) ([simon.berther@jungfreisinnige.ch](mailto:simon.berther@jungfreisinnige.ch)) gerne zur Verfügung.

## In Herisau das «liberale Lebensgefühl» erneuert

Die Jungfreisinnigen feierten am 16. Februar in Herisau die Gründung einer Sektion in Appenzell Ausserrhoden. Mit der Gründung der Kantonssektion Appenzell Ausserrhoden sind die Jungfreisinnigen nun in allen Kantonen ausser in Appenzell Innerrhoden mit einer Sektion vertreten und sind damit die flächenmässig grösste Jungpartei der Schweiz.

**Von Adrian Ineichen**

Mit einer hochkarätig besetzten Veranstaltung feierten die Jungfreisinnigen die Gründung der Kantonssektion Appenzell Ausserrhoden (JFAR) im Kantonsratssaal von Herisau. Der dynamische neue Präsident, Andrea Caroni, präsentierte den Vorstand, bestehend aus Philippe Seiler, Patrik Louis, Claudio Rostetter, Anneliese Johanna Hummler, Simona Koller und Reto Degen, während er hervorhob, die JFAR stünden für Neugier, Engage-

ment und Dynamik.

Nach einer Grussadresse von Kantonsratspräsident Arthur Sturzenegger zeigte ein Podiumsgespräch, wie bereichernd Junge für die Politik sein können. Der jungfreisinnige Gemeinderat und «Beizerbueb» aus Effretikon, Philipp Wespi, bemüht sich um greifbare Lösungen, auch wenn er dabei auf manches Freizeitvergnügen verzichten muss. Diese können aber zugleich dazu dienen, die Hemmschwellen der Jungen abzubauen

und sie für die Politik zu gewinnen (z. B. mit einer Rocknight oder am Chilbi-Stand). Der junge SVP-Nationalrat Lukas Reimann meinte, dass Junge vor allem wegen spezifischen Themen in die Politik kommen. Im Gegensatz zu manch anderer Partei wurde Bettina Surber (Juso) mit (fast zu) grossem Wohlwollen in der Mutterpartei aufgenommen, während Simon Oberbeck (JCVP) via Jugendsession politisiert wurde.

Die Präsidentin der Jungfreisinnigen Schweiz, Lena Schneller, blickte stolz auf die Neugründung der JFAR, zumal die Jungfreisinnigen im 2008 ihr 80-jähriges Bestehen feiern. In ihrer bisherigen Präsidentschaft konnte der Jungfreisinnig kräftig wachsen mit zahlreichen Neugründungen von Sektionen. Freiheit und Eigenverantwortung seien wichtig für die Jungen. Diese sollten sich für ihre eigene Generation einsetzen – ein weiser Hinweis auf das drängende Thema «Generationengerechtigkeit».

Den Höhepunkt bildete zweifellos die erfrischende Rede von Bundesrat Merz. Er fühlte sich sichtlich wohl in seiner Heimat und überzeugte mit starken Bildern, warum es eine freiheitliche Partei braucht.

Jeder sollte seinen eigenen Weg beschreiten können. Weil aber die Politik (über)reguliert, braucht es freie Geister, die den Menschen den Rücken freihalten! Humorvoll meinte Merz: «Wenn man alle Gesetze studieren wollte, hätte man gar keine Zeit mehr, sie zu übertreten.» Er appellierte an die Jungen, die Philosophie der Freiheit weiterzuentwickeln. Wir Freisinnige müssten lernen, einen «liberalen Lifestyle» zu versprühen – immerhin sei er damit Bundesrat geworden. Als Finanzminister könne er mithelfen, Wachstumsanreize zu setzen und optimale Wettbewerbsbedingungen zu schaffen, um die Handlungsspielräume für künftige Generationen zu vergrössern. Neben Schuldenabbau sei auch die Erweiterung der Personenfreizügigkeit auf Rumänien und Bulgarien ein wesentlicher Beitrag hierzu.

Am Ende gab es allerlei Geschenke, die der JFAR zu Schärfe (Tabasco), Klarsicht (Pfeffermühle mit Lampe) und Wachstum (Plüschhund, Pflanze) verhelfen sollen. Im Namen des Vorstandes der Jungfreisinnigen Schweiz wünsche ich den JFAR viel Kraft und Erfolg für ihre Arbeit!

### Impressionen aus Herisau



# Qualität und Wirtschaftlichkeit

Die Abstimmungsvorlage «für Qualität und Wirtschaftlichkeit in der Krankenkassenversicherung» bietet die Chance, einen Richtungsentscheid hin zu einem von Qualität, Transparenz und reguliertem Wettbewerb geprägten Gesundheitssystem zu fällen. Mit der Verankerung von Grundsätzen wie Qualität, Transparenz und Wahlfreiheit in der Verfassung werden die Bedürfnisse der Bevölkerung ernst genommen.



**Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen.**

## Reformstau bei der Gesundheitspolitik

Die Debatte rund um die Krankenversicherung ist seit Jahren gekennzeichnet vom Richtungsstreit zwischen zentralstaatlicher Planung (seitens der Linken) und wettbewerblichen sowie qualitativ orientierten Konzepten (seitens der reformorientierten Kräfte). Die in

unserem Gesundheitssystem bestehenden Fehlanreize für Patienten, Leistungserbringer und Versicherter konnten bis heute nicht korrigiert werden.

Versuche, den Missstand im vorherrschenden Gesundheitssystem zu beheben, waren bisher erfolglos geblieben. Die von den linken Parteien lancierte Gesundheitsinitiative 2003 sowie die Initiative über die Einheitskasse 2007 wurden mit jeweils mehr als 70% Nein-Stimmenanteil von den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern wuchtig verworfen. Damit ist klar: Eine Verstaatlichung des Gesundheitswesens wird vom Schweizer Volk nicht goutiert. 2006 reichte die FDP eine parlamentarische Initiative zu dieser Thematik ein. Kernpunkt der Initiative war die Verankerung der wichtigsten Grundsätze eines auf einem regulierten Wettbewerb basierenden Gesundheitswesens in der Verfassung. Im Weiteren führten die Diskussionen rund um die Prämiensenkungsinitiative der SVP dazu, im Zuge der Ausarbeitung eines Gegenvorschlages die freisinnig-liberalen Vorstellungen einer «Gesundheitsverfassung» im Parlament zu realisieren. Der Gegenvorschlag der bürgerlichen Parteien, über welchen wir am 1. Juni abstimmen werden, wurde vom Parlament im vergangenen Dezember verabschiedet, worauf die SVP ihre Prämiensenkungsinitiative zurückzog.

Beim **regulierten Wettbewerb** handelt es sich um einen Wettbewerb innerhalb von Rahmenbedingungen (welche der Staat setzt) wie Obligatorium, vorgeschriebener Leistungskatalog, Garantie der Versorgungssicherheit und sozialen Finanzierungselementen. Die öffentliche Hand wird zunehmend zum Regulator unter der Berücksichtigung der Anliegen aller Akteure im Gesundheitswesen. Der regulierte Wettbewerb bezweckt einen effizienteren Einsatz der Mittel, welche für das Gesundheitswesen zur Verfügung stehen. Davon profitieren schlussendlich alle Versicherten, nicht zuletzt die sozial Schwächeren.

## Weitere Aspekte zur Abstimmungsvorlage

**Sicherung des bewährten Solidaritätsprinzips:** Die Finanzierung der Leistungen der obligatorischen Krankenpflegeversicherung beinhaltet zwei wichtige Komponenten der Solidarität. Zu nennen ist einerseits die Solidarität zwischen den gesunden und kranken Menschen, die durch Kopfprämie, Franchise sowie Kostenbeteiligung (Selbstbehalt) erzielt wird. Dieser erste Teil der Finanzierung zielt auf die Eigenverantwortung bei den Versicherten ab. Der zweite Teil der Finanzierung findet über Steuereinnahmen statt. Rund 40% der Leistungen wird gemäss dem KVG durch den Staat getragen (Finanzierung der Spitalaufenthalte, Kostenbeteiligung der Kantone und Gemeinden an den Alters- und Pflegeheimen, Spitex sowie Prämienverbilligungen). Die Steuereinnahmen werden via progressive Besteuerung generiert, die damit eine Solidarität zwischen Armen und Reichen herstellt.

**Stärkung der Eigenverantwortung:** Die Eigenverantwortung des Versicherten fügt sich nahtlos an das bewährte Solidaritätsprinzip an. Ein Aspekt der Eigenverantwortung betrifft die Kopfprämie, Franchise sowie Selbstbehalt, welche den Versicherten dazu motivieren soll, gesund zu leben. Mit der expliziten Verankerung der Eigenverantwortung auf Verfassungsebene soll diese gestärkt werden. Die Eigenverantwortung gilt aber auch für Leistungserbringer und Versicherer.

**Ausklammerung des Kontraktionszwangs:** Das umstrittene Thema des Kontraktionszwangs wird in den Verfassungsartikeln ausgeklammert. Es liegt nach wie vor in der Sache des Gesetzgebers, im Rahmen der Krankenversicherungs-Revision Lösungsschritte für eine Lockerung des Vertragszwangs zu suchen.

**Kein Abbau von Leistungen:** Der Gegenvorschlag des Parlaments ist eine Absage an die Rationierung von Gesundheitsleistungen. Die Prämiensenkungsinitiative hätte einen massiven Leistungsabbau in der Grundversicherung zur Folge gehabt. So werden dank des Gegenvorschlages im Gegenzug Leistungen bei der Mutterschaft erstmals in der Bundesverfassung verankert.

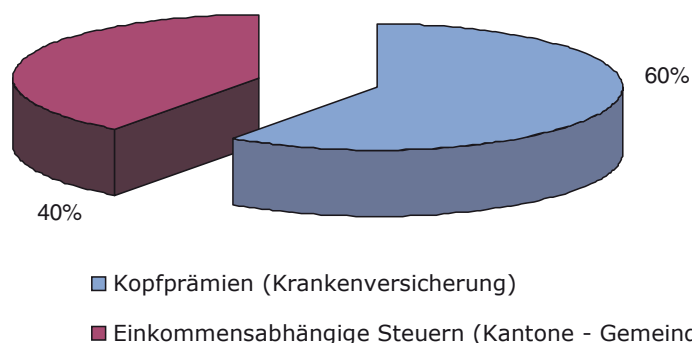
## Um was geht es bei der Abstimmungsvorlage?

Die erst teilweise im Krankenversicherungsgesetz (KVG) festgeschriebenen Grundsätze von Qualität, Transparenz, Wahlfreiheit, Wirtschaftlichkeit, Eigenverantwortung und soziale Sicherheit sollen neu in der Verfassung verankert werden. Der Inhalt der neuen Verfassungsartikel bezweckt ein freies Gesundheits- und Krankenversicherungssystem. Das bewährte Finanzierungssystem mit seinen sozialen Elementen wie Prä-

mienvverbilligung und öffentliche Beiträge in Form von Steuern wird neu in der Bundesverfassung festgeschrieben.

Das Label der Qualität wird als Grundsatz in den Verfassungsartikeln verankert. Das seit 1994 bestehende KVG beinhaltet den Qualitätsauftrag, nimmt ihn aber nur ungenügend wahr. Mit der Verankerung auf Verfassungsebene erhält die Qualität der medizinischen Dienstleistungen eine neue Dimension: Der Versicherte soll zukünftig die Qualität und den Preis der Leis-

### Aufteilung der Kosten in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung

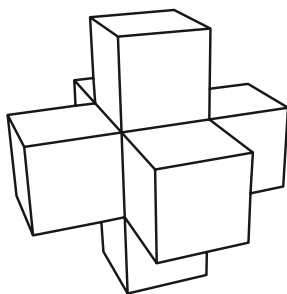


tungen kennen. Durch die Preis- und Kostentransparenz kann der Patient die Leistungen besser vergleichen. Dadurch kann er die für ihn optimalste medizinische Behandlung einfacher auswählen. Diese Effekte führen zu mehr Qualität und tendenziell zu geringeren Kosten im Gesundheitswesen dank des regulierten Wettbewerbs.

In Umfragen kommt es klar zum Ausdruck, dass eine Mehrheit der Bevölkerung den Wettbewerb im Gesundheitswesen als qualitätssteigernd und kostensenkend einstuft. Eine einseitige Fokussierung auf die Kosten wird jedoch abgelehnt. Im Gesundheitswesen braucht es das Denken nach dem Kosten-Nutzen-Prinzip: Zugang zur bestmöglichen medizinischen Versorgung zu einem vernünftigen Preis. Neu wird in den Verfassungsartikeln die Wahlfreiheit für die Versicherten explizit festgeschrieben. Eine transparente Information der Versicherten über Preise und Leistungen sind wichtige Voraussetzun-

gen für eine echte Wahlfreiheit der Patienten bezüglich Leistungserbringer und Behandlungsmethoden. Der Versicherte soll zwischen Versicherungen (Krankenkassen), Leistungserbringern (Spitäler, Ärzte) und Therapien frei wählen können.

All diese für die Bevölkerung äusserst wichtigen Grundsätze erhalten mit dem Gegenvorschlag des Parlaments Verfassungsstatus und bilden das Fundament für zukünftige Reformen im Gesundheitswesen.



### Zu korrigierende Fehlanreize

Die ungleiche Handhabung der Finanzierung bei der ambulanten und stationären Behandlung ist bekannt: Während die ambulante Behandlung aus der eigenen Hosentasche bezahlt wird, wird bei der stationären Behandlung die Finanzierung einerseits vom Versicherten, andererseits von der öffentlichen Hand sichergestellt. Der Hang zu stationären Behandlungen aufgrund der Teilsubventionierung durch den Staat führt zu Mehrkosten im Gesundheitswesen und zu wachsenden Krankenkassenprämien.



### Ambulante Behandlung

Eine ambulante Behandlung wird in der Regel innerhalb weniger Stunden durchgeführt. Das bedeutet, dass die zu behandelnde Person noch am selben Tag wieder aus dem Spital entlassen wird. Arztbesuche gehören ebenfalls zur ambulanten Behandlung.

### Stationäre Behandlung

Als stationäre Behandlung gelten Aufenthalte im Spital von mindestens 24 Stunden zur Untersuchung, Behandlung und Pflege. Aufenthalte im Spital von weniger als 24 Stunden, bei denen während einer Nacht ein Bett belegt wird, sowie Aufenthalte im Spital bei Überweisung in ein anderes Spital und bei Todesfällen gelten ebenfalls als stationäre Behandlung.

### Ambulante oder stationäre Behandlung im Spital.



**Der Versicherte soll zwischen Versicherungen, Leistungserbringern und Therapie frei wählen können.**

## Bundesgesetz über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im schweizerischen Hochschulbereich (HFKG)

Die Richtung stimmt, doch es braucht noch viele Korrekturen – für eine intelligente Hochschulpolitik mit Weitblick.

**Von Petra Studer, Stv. Leiterin  
Fraktion & Politik der FDP  
Schweiz, Stadträtin (Laufen, BL)**

Im Sinne der Umsetzung der Bildungsverfassung sind die Förderung der Hochschulen und die Koordination im schweizerischen Hochschulbereich in einem Bundesgesetz neu zu regeln. Der Bundesrat hat einen entsprechenden Gesetzesentwurf (HFKG) in die Vernehmlassung geschickt. Die eingeschlagene Richtung stimmt, doch braucht es aus freisinniger Sicht noch viele Korrekturen, wenn die Schweiz den anstehenden Herausforderungen im Hochschulbereich mit Erfolg begegnen will.

Die Universitäten, die Fachhochschulen und die pädagogischen



**Petra Studer**

Hochschulen werden mit dem HFKG neu unter ein Dach genommen und rechtlich gleichgestellt, was aus organisatorischen Gründen unter-

stützt wird, sofern die Prozesse und Abläufe vereinfacht werden und positive Synergien erzielt werden können. Die gesetzliche Verankerung der Gleichwertigkeit der Hochschultypen ist aber ebenso wichtig, damit der akademische Bildungsweg nicht gegen einen praxisorientierten Fachhochschullehrgang ausgespielt werden kann (und umgekehrt). Die spezifischen Eigenheiten der Hochschultypen sollen bewahrt werden, damit den Studierenden eine auf ihre Vorlieben, Stärken und Fähigkeiten zugeschnittene Ausbildung ermöglicht wird.

Obwohl das HFKG ein Organisationsgesetz ist, muss das primäre Ziel einer effektiven Hochschulför-

derung damit erfüllt werden. Für uns Liberale stehen dabei drei Themenbereiche im Zentrum: die Rolle autonomer Hochschulen in einem schweizweit koordinierten System, die wettbewerbliche Ausgestaltung der Hochschulakkreditierung sowie die auf Leistung und Qualitätssteigerung ausgerichtete Finanzierung.

### **Autonomie und Koordination – ein Widerspruch?**

Wenn die Schweiz ihre Position als qualitativ hochstehender und international beachteter Hochschulstandort behaupten und weiter ausbauen will, so sind die Förderung der Hochschulautonomie sowie die strategische Planung auf



**Wahlfreiheit, internationale Wettbewerbsfähigkeit und schlanke Strukturen.**

Ebene der Hochschulen von grösster Bedeutung. Ebenso wichtig ist es aber, dass unser Hochschulsystem unter der Leitung des Bundes einer politischen Steuerung unterliegt und national koordiniert wird. Der Gesetzesentwurf steht somit im Spannungsfeld zwischen den Koordinationsbestrebungen einerseits und der Hochschulautonomie andererseits. Da an den Grundsätzen unseres föderalistischen Systems festgehalten wird, werden die Kompetenzen der Kantone als Hochschulträger nicht in Frage gestellt. Eine Koordination ist aber unumgänglich, wenn in der kleinräumigen und mehrsprachigen Schweiz ein strategisch sinnvolles Angebot für Lehre und Forschung geschaffen werden soll und unser Hochschulsystem international wettbewerbsfähig bleiben will. Je stärker jedoch koordiniert wird, desto stärker wird auch in die Autonomie der einzelnen Hochschulen eingegriffen, weshalb die Hochschulautonomie als Ordnungsprinzip im HFKG verankert werden muss. Hochschulen, die auf Effizienz ausgerichtet sind, haben ein elementares Interesse daran, strategische Kooperationen einzugehen und ihre qualitativ hochstehenden Leistungen in Lehre und Forschung möglichst kostengünstig anzubieten. Aus liberaler Sicht sollte sich die Koordination somit auf diejenigen Bereiche beschränken, in denen die Entscheidungen autonomer Hochschulen keine befriedigenden Resultate zur Folge haben und eine einheitliche Vorgabe daher Sinn macht. Bei der landesweiten politischen Steuerung ist überdies die Freiheit und Einheit von Lehre und Forschung zu wahren.

#### **Wahlfreiheit, internationale Wettbewerbsfähigkeit und schlanke Strukturen bei der Hochschulakkreditierung**

Die Akkreditierung ist für die Hochschulen zeit- und geldintensiv; folglich braucht es ein möglichst einfaches Verfahren unter Berücksichtigung von Qualitätsaspekten und der internationalen Wettbe-

werbsfähigkeit. Das im HFKG-Entwurf vorgeschlagene System sollte daher durch ein Akkreditierungsverfahren ersetzt werden, bei dem die einzelnen Hochschulen die Wahlfreiheit haben, von welcher Akkreditierungsstelle sie sich aufnehmen lassen. Die einzige Bedingung ist die offizielle Anerkennung im In- und Ausland der Akkreditierungsinstitution, wobei strikte Qualitätskriterien erfüllt werden müssen. Die Zulassung einer Hochschule soll jedoch von einer Bundesstelle abgewickelt werden; somit kann der Staat hier, im Unterschied zum liberalen System bei der akademischen Akkreditierung, eine institutionelle Entscheidung fällen. Mit einem solchen Verfahren werden gleich drei wichtige Ziele erreicht: Erstens können die Hochschulen dank der Wahlfreiheit bezüglich der Akkreditierungsstelle frei entscheiden und autonom agieren; zweitens fördert die Möglichkeit der Akkreditierung im Inland oder im Ausland die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Hochschulen; drittens wird der bürokratische Aufwand reduziert, wenn mit dem HFKG keine zusätzlichen Organe für die Akkreditierung geschaffen werden.

#### **Leistungs- und resultatsorientierte Finanzierung unter Berücksichtigung von Qualitätskriterien**

Der Wechsel von einer Angebotsfinanzierung hin zu einer Nachfragefinanzierung ist sinnvoll, und als Liberale unterstützen wir, dass die Finanzierung der Hochschulen vermehrt leistungs- und resultatsorientiert erfolgen soll. Das im HFKG vorgeschlagene Verteilsystem belohnt jedoch fälschlicherweise die Quantität anstelle der Qualität der Leistungsangebote für Lehre und Forschung. Die neu eingeführten Referenzkosten müssen demzufolge so berechnet werden, dass Qualitätsaspekte und nicht Mengenkriterien (wie beispielsweise die Anzahl Studierender) im Vordergrund stehen. Die erhöhte Transparenz und die verbesserte Kosten-

kontrolle sind hingegen positiv zu bewerten. Mit Referenzkosten kann im Bereich der Lehre eine gebundene Finanzierung realisiert werden, was vor einer schädlichen «Stop-and-Go»-Politik bewahrt. Das könnte sich aber negativ auf den Bereich der Forschung auswirken, der nicht von einer gebundenen Finanzierung profitieren kann und somit externen Schwankungen ausgesetzt ist.

Bei der Ausrichtung von Bundesbeiträgen sollte ein Kostenverteilungsschlüssel für eine gewisse Finanzierungsperiode (von beispielsweise 4 Jahren) fixiert werden. Die Hochschulen erhalten somit eine gewisse Planungssicherheit, da sie ihre finanziellen Mittel auf der Zeitachse entsprechend einteilen können. Mit quasi gebundenen Grundbeiträgen wird zudem gesichert, dass die Kantone als Hochschulträger weiterhin zuverlässige Partner bleiben.

Die Aufgabenteilung in den (im HFKG noch zu definierenden) besonders kostenintensiven Bereichen muss dazu dienen, die Bildungs- und Forschungsschwerpunkte innerhalb des Hochschulbereiches wirkungsvoll zu zentralisieren und dabei die zur Verfügung stehenden Mittel optimal einzusetzen. Qualitätssteigerung und Kosteneinsparungen müssen bei dieser Steuerung das erklärte Ziel sein.

Die Studiengebühren haben einen signifikanten Teil der durch die Lehre generierten Kosten abzudecken. Vor diesem Hintergrund ist die längst schon fällige Neugestal-

tung der Stipendien- und Darlehensgesetzgebung nun dringend notwendig und darf nicht noch länger hinausgeschoben werden. Dabei steht eine formelle Harmonisierung des Stipendienwesens im Zentrum, damit schweizweit die gleichen Anspruchsbedingungen gelten. Studiendarlehen müssen für Studierende attraktiver werden und nach Möglichkeit auch einen Leistungsanreiz enthalten.

Die FDP hat bereits bei der Ausarbeitung der vom Schweizer Stimmvolk mit überwältigendem Mehr angenommenen Bildungsverfassung eine zentrale Rolle gespielt. Nun ist es auch an uns Freien, einen Beitrag zu leisten, damit die mit der Bildungsverfassung angestrebten Ziele auf allen politischen Ebenen erreicht und die hierfür notwendigen Massnahmen umgesetzt werden. Eine exzellente Volksschule ist das Fundament für die kommenden Generationen. Exzellenz im Hochschulbereich kommt nicht nur unseren Studierenden und der auf hochqualifizierte Arbeitnehmende angewiesenen Wirtschaft zugute; sie ist auch ausschlaggebend dafür, ob unser Land auf dem internationalen Parkett als eine «intelligente Schweiz» angesehen wird. Wir brauchen also eine Hochschulförderung, die ihrem Namen gerecht wird – und somit ein HFKG mit Weitblick.

## **Agenda**

### **März 2008**

- 3.–20. Frühjahrssession
- 6. Geschäftsleitung

### **April 2008**

- 18. Sekretärenkonferenz PPK/GL
- 18.–19. Delegiertenversammlung und Parteitag in Bern
- 28.–30. Sondersession

# Brücken bauen

könnte die Golden Gate oder beim Tower sein	das kleine Bächlein als Bank-rating	die Blau-blütigen o. jene die es meinen	verbissen, uneinsichtig alte Infanteriekanone	Kunst mit Nackedeis	führt vom Goms ins Bedrettal	trägt sicher keinen SVP- Maulkorb	so grüssen Matrosen über die Reling	oft werden damit nur Würmer gebadet
Bündens Grenz-massiv zu Österreich						zieren bald wieder Balkon-kistchen		
	2				ital. Männername kleiner Projektleiter	3	zweitgrösste Stadt Pakistans im Pandschab	Gondoliere fahren unter ihrem Bogen
überspannt oft Täler zerkrümelt Schollen	in Liestal ein Landrat Bitten an Gott		greift sich Staatswap-pen, dieser Greifvogel	stützt Teile der Brücke einst Führer in Rom				
			Zugang zum Wasserterschloss			Männerna-me i.Orient CH-Grün-dermitglied		6
		grob statt glatt und nun auch ohne h		macht den Fant zum Dickhäuter	einst eine stolze ame-rikanische Automarke		Filmstadt samt Hollywood	
ladet noch kaum zum Bade	alte Abga-be an Flussüber-gängen	1						
kurzbeinige englische Spürhunde-rasse					5 Münzmetall ihnen fehlt Fachkunde		kleiner Tipp moderner Vermittler, Schlichter	
wo Hocker eben gern beim Ofen hocken				Kennzahlen für den Kleiderkauf (gerne klein)	dazu gehö-ren Rehe und Hirsche	4	er setzte eine Prin-zessin auf die Erbse	
Bündner Rätselpiz	funktioniert musikalisch nur für drei	Alarm-Ge-schrei beim Brand-ausbruch	gesponne-ne Fäden für Sticke-reien				WV	gehört zum Geschwin-digkeits-mass
		Rest der einst stol-zen Burg				Antwort auf die Wohltat edler Pfan-nenfisch		
Europarat wiegt ton-nenschwe-re Laster		diesmal ein Europa-rekord	gefrorener Steinzeit-mensch könnl.ung.		8		ein EURO-Vorgänger Michelins Kanton	
								leuchtet lang auch in kurzen Röhren
unpoliti-sche Arena hochwirksa-ker Erbteil				7 nicht für Aussenste-hende und, engl.				
		Ticket für freie Bahn-fahrten	Buchungs-ergebnis Element für Halbleiter				salvo errore, Irrtum vor-behalten	
	9		verbreitet Nachrichten über den Aether				10 ex officio oder auch extraordi-naire	
kaum be-fahrbares Brücklein	wenn sich langsam die Sonne neigt					der längs-te Enga-diner		

## Preise:

**1. Preis:**  
Gutschein für ein Jahres-Halb-tax-Abo.

**2. und 3. Preis:**  
Je ein Buch von Fulvio Pelli,  
«37 Gründe, liberal zu sein»



## So machen Sie mit:

Schreiben Sie uns bis zum 17. März 2008 eine Postkarte oder ein E-Mail mit dem Lösungswort, Ihrem Namen und Ihrer Adresse an:

Generalsekretariat FDP  
«Freisinn»-Rätsel  
Postfach 6136  
3001 Bern  
raetzel@fdp.ch

Die Gewinnerinnen und Gewinner werden ausgelost und persönlich benachrichtigt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

## Sind auch in der Politik gefragt:

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----



# Parteitag der FDP Schweiz

**Samstag,  
19. April 2008,  
10.30–13.00 Uhr  
Hotel National, Bern**

Legen Sie die Kernthemen  
der FDP fest.

Melden Sie sich jetzt an:  
[www.fdp.ch/parteitag](http://www.fdp.ch/parteitag)

FDP Schweiz  
Tel. 031 320 35 35  
[info@fdp.ch](mailto:info@fdp.ch)



## Werben Sie im «Schweizer Freisinn»!

Inserieren Sie im «Schweizer Freisinn». Mit einer Anzeige erreichen Sie zielgenau ein ganz besonderes Publikum: Mitglieder der FDP in der deutschen Schweiz.

Der «Schweizer Freisinn» erscheint zehnmal jährlich in einer Auflage von über 70 000 Exemplaren. Nützen auch Sie die Möglichkeit, eine interessante Zielgruppe direkt anzusprechen – mit einem Inserat im «Freisinn».

### Die Insertionstarife sind wie folgt:

Grösse	Preis pro Ausgabe
1/1	5000 Fr.
1/2	2500 Fr.
1/4	1400 Fr.
1/8	650 Fr.
1/16	400 Fr.

### Rabatte

bei 3 Ausgaben: 5%; bei 6 Ausgaben: 10%; bei 10 Ausgaben: 15%

### Anfragen unter:

FDP Schweiz, Redaktion «Schweizer Freisinn», Eliane Gnägi, Neuen-  
gasse 20, Postfach 6136, 3001 Bern, Tel. 031 320 35 30

## Auflösung Kreuzworträtsel Nr. 1/08

### Jahreszeiten

W	W	G	S	C	A
A	S	I	A	E	I
K	R	A	L	L	E
O	G	O	D	F	A
A	R	M	E	E	P
P	A	W	A	S	S
W	I	D	D	E	R
O	E	R	T	F	H
N	S	C	H	U	E
G	H	S	E	R	A
A	R	E	S	M	E
S	C	H	A	L	T
F	A	E	H	R	E
L	E	P	R	A	D
U	E	L	I	Z	W
K	R	E	B	S	A
Z	E	A	S	R	A

Das richtige Lösungswort des Kreuz-  
worträtsels Nr. 1/08 lautete: Jahres-  
zeiten

Bis zum Redaktionsschluss sind bei  
uns 248 richtige Antworten eingegan-  
gen. Eliane Gnägi, Redaktorin des  
«Schweizer Freisinn», zog folgende Ge-  
winner/innen:

- Frau Marianne Geisseler-Steiner,  
6102 Malers
- Frau Greti Bucher, 6182 Escholz-  
matt
- Herr Felix Bretscher, 4112 Flüh.

Die Preise werden den Gewinnern direkt zugestellt. Die «Freisinn»-Redak-  
tion wünscht allen Gewinnern viel Spass mit ihrem Preis.

## Veranstaltungshinweis

### Delegiertenversammlung 2008 FDP Schweiz

- 18. 4. 2008 Delegiertenversammlung in Bern
- 19. 4. 2008 Parteitag in Bern
- 28. 6. 2008 Delegiertenversammlung in Olten
- 16. 8. 2008 Delegiertenversammlung in Neuenburg
- 25. 10. 2008 Delegiertenversammlung Bern

# Wir sehen eine Region aufblühen.

Obwohl Graubünden eine der schönsten Regionen der Schweiz ist, kehren immer mehr junge Rätromanen ihrer Heimat den Rücken. Sie sehen wenig Perspektiven für ihre Zukunft. Microsoft engagiert sich in Zusammenarbeit mit der lokalen Verwaltung und der Wirtschaft, den romanischsprachigen Gebieten neue Impulse zu geben. Mit einer Version von Microsoft Office auf Rumantsch bekräftigt Microsoft ihr Engagement. Wir glauben an das Potenzial von Graubünden und engagieren uns für die kulturelle Vielfalt der Schweiz.

[www.microsoft.ch/potential](http://www.microsoft.ch/potential)

Sent, ENGADIN/School

© 2007 Microsoft Corporation. Alle Rechte vorbehalten. Microsoft und „Your Potential. Our Passion.“ sind entweder eingetragene Marken oder Marken der Microsoft Corporation in den USA und/oder anderen Ländern.

Your potential. Our passion.™

**Microsoft®**